



**DIESMAL
WÄHLE ICH!**

Europa: Gerecht. Sozial. Erfolgreich.

Forderungen des
Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.
zur Europawahl 2019

*Verabschiedet vom Verbandsrat des
Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.
am 5. März 2019 in Hannover*

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. tritt für ein Europa der Freiheit, Solidarität, Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit ein. Mit offenen Augen beobachten wir die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf unserem Kontinent. Die Auswirkungen der Globalisierung, die Überalterung der Bevölkerung und Kontroversen um das Thema Migration haben die europäische Realität in den vergangenen Jahren genauso geprägt wie Unsicherheiten in Bezug auf die Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung sowie das uneinheitliche, zögerliche Handeln angesichts des Klimawandels. Gleichzeitig erleben wir eine Krise der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in vielen EU-Mitgliedsstaaten, gepaart mit Populismus und Nationalismus.

Diesen Herausforderungen können wir nur gemeinsam auf der europäischen Ebene begegnen. Dazu ist es notwendig, die Grundprinzipien der Europäischen Union konsequent umzusetzen. Die Union gründet sich auf folgende Werte:

*Die Achtung der Menschenwürde. Freiheit. Demokratie.
Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die ethnischen Minderheiten angehören.*

*Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam,
die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität
und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.*

*Die Europäische Union bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierung
und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und
Männern,
die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.*

(Art. 2 sowie Art. 3 Abs. 3 des Vertrags über die Europäische Union)

Eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung dieser Grundsätze spielt das Europäische Parlament. Als einziges EU-Organ wird es durch alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union direkt gewählt. Das Parlament setzt sich aus mehr als 700 Abgeordneten zusammen, davon fast 100 aus Deutschland, und verantwortet gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Rat die strategische Ausrichtung, die Gesetzgebung und damit auch die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union. Daher ist seine Zusammensetzung von entscheidender Bedeutung: Demokratische – und nicht populistische – Parteien sollen im Europäischen Parlament das Sagen haben.

Deshalb ist es richtig und wichtig, am 26. Mai 2019 zur Wahl zu gehen.

WIR MISCHEN UNS EIN!

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ist parteipolitisch und konfessionell ungebunden und humanitären Grundsätzen verpflichtet. Er vereint unter seinem Dach 870 selbstständige und gemeinnützige Mitgliedsorganisationen. Als Leitmotiv ihrer professionellen und freiwilligen Arbeit erkennen sie die Gleichwertigkeit aller Menschen in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten an, und stehen besonders Menschen mit Unterstützungsbedarf zur Seite – getreu dem Motto: Offenheit, Toleranz und Vielfalt. So dienen die Paritätischen Aktivitäten in der ersten Linie der Interessenvertretung der benachteiligten Menschen und Gruppen, der Bekämpfung von Armut und aller Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung sowie dem Ausbau sozialer Dienstleistungen.

Der Wohlstand, die soziale Sicherheit und die gesellschaftliche Teilhabe sind jedoch europaweit unteilbar. Daher arbeiten viele Mitgliedsorganisationen wie auch der Verband selbst mit Partnern aus zahlreichen europäischen Ländern zusammen. So erreichen wir solidarisch konkrete sozialpolitische Ziele auf der lokalen und regionalen Ebene, tauschen wertvolle Erfahrungen aus und setzen die europäische Integration praktisch um. Denn ein gemeinsames Europa der Freiheit, der Menschenrechte und der Solidarität muss konkret und praktisch Tag für Tag stabilisiert und ausgebaut werden.

Erforderlich für den Erfolg des europäischen Projekts sind jedoch auch politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die eine gleichberechtigte gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe aller Europäerinnen und Europäer ermöglichen. Diese Rahmenbedingungen gestaltet das Europäische Parlament maßgeblich mit.

Der Paritätische sieht es als seinen verbandlichen Auftrag, sich gegenüber den Institutionen der EU, also auch gegenüber dem Europäischen Parlament, für ein gerechtes und soziales Europa einzusetzen. Denn nur ein Europa, das gesellschaftlich zusammenhält und die bestehende Wirtschaftsunion zu einer Gesellschaft mit gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt, kann auf Dauer erfolgreich sein.

Deshalb stellt der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. zur Wahl des Europäischen Parlaments am 26. Mai 2019 fünf zentrale Forderungen auf.

Die Forderungen finden Sie auf den folgenden Seiten.



1. Politische Teilhabe in Europa für alle!

Bei der politischen Teilhabe einschließlich der Ausübung des Wahlrechtes existieren in der EU immer noch Barrieren, insbesondere für Menschen mit Behinderungen und für andere benachteiligte Gruppen. Die Beteiligung von diskriminierten Menschen an der Politikgestaltung ist immer noch marginal. Vor dem Hintergrund sozialer Zukunftsängste ist sie für die Bekämpfung des Populismus aber von essenzieller Bedeutung.

Wir fordern:

- = Alle noch existierenden Barrieren, auch in der Kommunikation, müssen beseitigt werden. Dies gilt für die Ausübung des Wahlrechts, für die Teilnahme am Teilhabeinstrument der Europäischen Bürgerinitiative und für öffentliche Konsultationen der Europäischen Kommission. Es geht hier beispielsweise um barrierefreie Zugänge zu Wahllokalen, um die Anwendung der leichten Sprache und der Gebärdensprache, um spezielle Lösungen für sehbehinderte Menschen und die Möglichkeit, eine Wahlstimme auch online abzugeben. Dies betrifft auch Veröffentlichungen von politischen Programmen und Wahlinformationen.
- = Das durch die Bürgerinnen und Bürger der EU direkt gewählte Europäische Parlament muss das Initiativrecht im europäischen Gesetzgebungsprozess erhalten.
- = Um die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Gestaltung der europäischen Gesetzgebung zu stärken, soll auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss das Recht erhalten, europäische Regelungen zu initiieren.

2. Europa sozial gestalten – die Europäische Säule Sozialer Rechte konsequent umsetzen!

Für die Stabilität der Europäischen Union ist die Gleichstellung der sozialen mit der wirtschaftlichen Dimension der EU von zentraler Bedeutung. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung bildete die Proklamation der Europäischen Säule Sozialer Rechte am 17. November 2017. Die Säule besteht aus zwanzig, i.d.R. rechtlich nicht bindenden Grundsätzen. Da der überwiegende Teil der Sozialpolitik sich in der ausschließlichen Kompetenz von EU-Mitgliedsstaaten befindet, wäre die bessere Einbindung der Sozialpolitik im Verfahren des „Europäischen Semesters“ für die Implementierung der Säule von besonderer Bedeutung.

Wir fordern:

- = Alle Grundsätze der Europäischen Säule Sozialer Rechte sollen – soweit möglich – in das geltende Europäische Recht überführt werden. Hierbei geht es auch und insbesondere um Grundsätze in Bezug auf allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, Gleichstellung der Geschlechter, Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Berufs-

und Privatleben, Betreuung und Unterstützung von Kindern, Mindesteinkommen, Gesundheitsversorgung, Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Langzeitpflege sowie Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose. Dabei sollen auch Asylsuchende und andere Migrantinnen und Migranten, die in einem Mitgliedsstaat aufgenommen werden, berücksichtigt werden. Die Umsetzung der Säule soll durch das neugewählte Europäische Parlament wirksam vorangetrieben werden.

- = Die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte in einzelnen Mitgliedsstaaten soll zu einem Bestandteil des „Europäischen Semesters“ werden.
- = Soziale Dienstleistungen dürfen nie wie beliebige Waren behandelt werden. Dienste und Einrichtungen, die in Zusammenarbeit mit den bedürftigen Menschen entsprechend deren Bedürfnissen und Interessen durch wertorientierte gemeinnützige Organisationen erbracht werden, sollen durch das europäische Recht besonders geschützt und gefördert werden. Das System der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland muss erhalten bleiben und kann als Beispiel für andere europäische Länder dienen.

3. Grenzen abbauen und die Freizügigkeit junger Menschen fördern!

Die Bewegungsfreiheit im Allgemeinen und die Freizügigkeit von Menschen, die außerhalb ihres Herkunftslandes lernen, studieren und einem Beruf nachgehen wollen, gehören zum Kern eines europäischen Zusammenlebens. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, die Freiräume für vielfältige Lern- und Entwicklungsprozesse brauchen. In der Praxis gibt es jedoch nach wie vor zahlreiche, sowohl rechtliche als auch praktische Hindernisse für eine uneingeschränkte europäische Mobilität. Der grenzkontrollfreie Schengen-Raum umfasst (noch) nicht alle EU-Mitgliedsstaaten, und es mehren sich Tendenzen zur Wiedereinführung von vorläufigen Grenzkontrollen innerhalb dieses Raums. Auch die Anerkennung von Qualifikationen, der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und zu sozialen Diensten sowie Transfers von Leistungen der Sozialversicherung verlaufen nicht reibungslos. Asylsuchende und andere in einem Mitgliedsstaat aufgenommenen Migrantinnen und Migranten von außerhalb der EU werden nicht gleichberechtigt behandelt.

Wir fordern:

- = Die europäische Mobilität, insbesondere von jungen Menschen, die Freiräume für vielfältige Lern- und Entwicklungsprozesse brauchen, muss gefördert werden. Hierzu gehören finanzielle Unterstützungsleistungen, etwa durch europäische Fonds, aber auch die vereinfachte Integration in den Arbeitsmarkt, vereinfachte Anerkennung von Qualifikationen, einfacher Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und zu sozialen Diensten sowie einfache Transfers von Leistungen der Sozialversicherung. Asylsuchende und andere in einem Mitgliedsstaat aufgenommene Migrantinnen und Migranten von außerhalb der EU sollen hierbei Bürgerinnen und Bürgern der EU gleichgestellt werden.

- = Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik müssen europaweit einheitliche, verbesserte Standards gelten. Dafür soll das Gemeinsame Europäische Asylsystem entsprechend reformiert werden.
- = Der Schengen-Raum muss um möglichst alle EU-Mitgliedsstaaten erweitert und gleichzeitig nach außen gefestigt werden. Eine vorläufige Einführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums muss durch die Kommission äußerst restriktiv behandelt werden.

4. EU-Haushalt im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern aufstellen!

Die Bewältigung sozialpolitischer Herausforderungen erfordert die entsprechende finanzielle Ausstattung im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Ein besonderer Beitrag – und damit Mehrwert – gemeinnütziger Projektträger liegt in der Beteiligung Ehrenamtlicher bei der Projektarbeit und der Einbringung eigener Sachmittel. Dieser Beitrag erhöht die Effizienz und Effektivität des Einsatzes europäischer Mittel enorm. Ein für die gemeinsame europäische Identität wichtiges Merkmal der EU-Förderung besteht in der Möglichkeit, transnationale Projekte durchzuführen.

Wir fordern:

- = Das neugewählte Europäische Parlament darf keine finanziellen Kürzungen für die EU-Kohäsionspolitik zulassen. Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+), ERASMUS+, das Europäische Solidaritätskorps und andere sozialpolitisch relevanten Fonds und Initiativen müssen ausreichend finanziert werden. 30 Prozent der gesamten Mittel für Maßnahmen des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sollen dem ESF+ zufließen; innerhalb des ESF+ sollen 30 Prozent der Mittel für Maßnahmen der sozialen Inklusion bereitgestellt werden. Des Weiteren darf der europäische Kofinanzierungssatz nicht reduziert werden. Sachleistungen (wie z.B. ehrenamtliche Arbeit) und finanzielle Beiträge der gemeinnützigen Projektträger sollen als Eigenmittel gleichbehandelt werden.
- = Zur Förderung der gemeinsamen europäischen Identität unter den Bürgern verschiedener Länder soll die Transnationalität Teil der operationellen Programme aller Mitgliedsstaaten sein.
- = Wegen wachsender Bedeutung der Sozialwirtschaft muss die Unterstützung sozialwirtschaftlicher Aktivitäten zu einem separaten spezifischen Ziel des ESF+ werden.

5. Niedersachsen als Vorreiter sozialer Innovationen unterstützen!

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhalt sowie die Sichtbarkeit Europas können nur durch Investitionen in die Menschen vorangetrieben werden. In Niedersachsen werden bereits jetzt viele innovative Projekte mithilfe der EU-Förderung erfolgreich umgesetzt, wie zum Beispiel zur Erbringung sozialer Dienstleistungen im Rahmen der Richtlinie „Soziale Innovation“. Zu einer weiteren innovativen Entwicklung wurde in der letzten Zeit die Digitalisierung in der Sozialwirtschaft. Die niedersächsischen Mitglieder des neugewählten Europäischen Parlaments werden daher aufgefordert, sich für die Weiterentwicklung der Förderung sozialer Innovationen – und damit auch für die Stärkung der niedersächsischen Regionen bei der Bewältigung ihrer spezifischen demografischen und sozialen Herausforderungen – einzusetzen und folgende Forderungen zu unterstützen.

Wir fordern:

- = Die Beibehaltung von fondsübergreifenden Projekten wie dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und dem Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zwecks Weiterentwicklung des erfolgreichen Niedersächsischen Multifunktionsprogramms.
- = Die Beibehaltung der Möglichkeiten für die Förderung der Digitalisierung der Sozialwirtschaft im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 – 2027.
- = Die Erhöhung der Förderung im Bereich „Soziale Innovationen“ im Rahmen des ESF+ zur Umsetzung weiterer innovativer Niedersächsischer Projekte zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Diensten in ländlichen Regionen; außerdem die Einführung eines zusätzlichen Handlungsfelds soziale Dienste einschließlich der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Rahmen des Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
und seine Mitgliedsorganisationen
Hannover, 5. März 2019





www.paritaetischer.de